Von der „Heerschau des katholischen Deutschland“ zur „Kirche in der Welt”– die Katholikentage von 1848 bis 2016 im Kontext der Stellung des Katholizismus in der deutschen Gesellschaft

Wolfgang Tischner

Entstanden sind die Katholikentage 1848 im Zuge der Märzrevolution[1]. Der Zusammenbruch der Polizeisysteme im Deutschen Bund und die nach der Revolution plötzlich entstandene Möglichkeit, sich frei in Vereinen zu organisieren, wurden auch von den Katholiken genutzt. Am 23. März 1848 gründete der Mainzer Domkapitular Adam Franz Lennig den „Piusverein für religiöse Freiheit“, der sich in wenigen Wochen über fast alle Staaten des Deutschen Bundes verbreitete. Zur Koordinierung der deutschlandweiten Aktivitäten wurde vom 3. bis 6. Oktober 1848 in Mainz das erste Delegiertentreffen des Vereins abgehalten. Da auch 23 katholische Abgeordnete der in der Frankfurter Paulskirche tagenden Nationalversammlung teilnahmen, konnte man mit einigem Recht die politische Vertretung des katholischen Deutschland für sich reklamieren. Auf der Versammlung wurde der „Katholische Verein Deutschlands“ gegründet, dessen Ziel die Durchsetzung der Freiheit der Kirche sein sollte. Die Katholikentage fanden seitdem offiziell als „Generalversammlung des Katholischen Vereins Deutschlands“ statt, der Name „Katholikentag“ wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg zur offiziellen Bezeichnung[2].

Die enge Verbindung zur kirchlichen Hierarchie bewahrte die Katholikentage nach dem Scheitern der 1848er-Revolution vor der Auflösung. Während insbesondere deutschlandweit organisierte bürgerliche Vereine massiv polizeilich bedrängt wurden, konnten die Katholikentage relativ ungestört zusammentreten. In den Jahren vor der Reichsgründung standen die Generalversammlungen unausgesprochen im Zeichen des preußisch-österreichischen Dualismus. Zwar wurde eine direkte politische Stellungnahme vermieden, aber natürlich galten die katholischen Sympathien ganz überwiegend Habsburg, das man als die historische Schutzmacht der katholischen

Kirche in Deutschland sah. Dementsprechend traten die Katholikentage, die ab 1849 in der Regel einmal jährlich stattfinden sollten, auch insgesamt sechsmal im Kaiserreich Österreich zusammen, letztmalig 1867 in Innsbruck. Bei der Wahl der Tagungsorte folgte man außerdem der Verteilung der katholischen Bevölkerung; um nicht in Konflikt mit den Protestanten zu geraten, wurden bis 1932 Katholikentage fast nur in Regionen mit katholischer Mehrheit abgehalten, fünfmal in Mainz und Breslau, je viermal in Freiburg und München. Insgesamt gab es vor der NS-Zeit 71 Generalversammlungen[3].

Die Jahre zwischen 1848er-Revolution und Reichsgründung sahen auch den rapiden Ausbau eines katholischen Vereinswesens. Die Generalversammlung war prädestiniert, als entscheidende Kommunikations- und Koordinierungsinstanz für das katholische Deutschland diesen Prozess zu begleiten, zu beeinflussen und in Teilbereichen auch zu initiieren. Die Grundzüge der Vereinsstrukturen im späteren katholischen Milieu wurden in diesen Jahren gelegt. Zu nennen sind der Bonifatiusverein zur Unterstützung der katholischen Diaspora, die Kolpingvereine als Organisation der katholischen Handwerksgesellen und die karitativen Vinzenzvereine. Die Katholikentage erwiesen sich dabei als eine anpassungsfähige Rahmenstruktur: Als die Piusvereine mangels politischer Arbeitsmöglichkeit deutlich an Bedeutung verloren, ersetzte das sich auffächernde katholische Vereinswesen sie problemlos, konsequenter Weise erfolgte deshalb 1856 die Umbenennung zur „Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands“.

Eine besondere Bewährungsprobe für den deutschen Katholizismus bedeutete nach der Reichsgründung 1870/71 die Phase des Kulturkampfes. Im Bismarckreich nur noch eine Minderheit ohne eine bedeutende politische Schutzmacht, wurden die zu „Reichsfeinden“ gestempelten Katholiken zum Opfer des agonalen Politikstils des ersten Reichskanzlers. Im Zuge von dessen innenpolitischer Präventivkriegsstrategie griffen die preußische Regierung sowie die ihr folgenden Regierungen der Einzelstaaten massiv in die kirchliche Autonomie ein, beförderten mit den das auf dem ersten Vaticanum 1870 verkündete Unfehlbarkeitsdogma ablehnenden Altkatholiken die Spaltung der katholischen Kirche, trieben mehrere tausend Ordensangehörige und Priester ins Exil und bekämpften das katholische Verbandswesen. Die deutschen Katholiken reagierten nicht wie von Bismarck erwartet mit Unterwerfung, sondern zogen sich aus der

protestantisch-borussisch dominierten Mehrheitsgesellschaft zurück in ihre eigene Subgesellschaft. Im Laufe von weniger als einem Jahrzehnt spaltete sich die (klein-)deutsche Gesellschaft: Katholiken verließen etwa die preußischen Veteranenvereine, sie bestellten regierungsnahe Blätter wie die „Kreuzzeitung“ ab und abonnierten stattdessen katholische Zeitungen wie die „Kölnische Volkszeitung“ oder die „Germania“. Kurz, „von der Wiege bis zur Bahre“ schufen sich die Katholiken eine organisatorisch verfestigte eigene Gesellschaft, das sogenannte katholische Milieu. Politisch wurde es durch die Zentrumspartei im Reichstag und den Länderparlamenten vertreten, die in den 1870er Jahren sehr schnell bis zu 80% der katholischen Wähler erreichte.

Die Generalversammlung war für die Binnenorganisation des Milieus unverzichtbar, musste sich aber organisatorisch anpassen, um Angriffsflächen für die Regierung zu minimieren. Das erst 1869 gegründete Zentralkomitee wurde 1872 wieder aufgelöst, dessen Vorsitzender Karl Fürst zu Löwenstein übernahm als „ständiger Kommissär“ die organisatorische Vorbereitung der Generalversammlungen. Der „hundertarmige Laienapostel“, wie er von Zeitgenossen charakterisiert wurde, leitete bis zu seinem Rücktritt 1898 29 Jahre lang die Geschäfte. Danach folgte wieder ein Zentralkomitee, dem 22 Jahre lang Clemens Droste zu Vischering vorstand, dem dann 1920 wiederum der Sohn des ersten Kommissars, Alois Fürst zu Löwenstein, folgte – man setzte klar auf Tradition[4].

Nach der „konservativen Wende“ 1878, die nach Bismarcks Bruch mit den Liberalen das Zentrum in einer komfortablen Rolle als gelegentlicher Mehrheitsbeschaffer der Regierung sah, kam es mit dem Übergang zur Schutzzollpolitik zum schrittweisen Abbau der Kulturkampfgesetzgebung. Der unbestrittene Führer der Zentrumspartei, Ludwig Windthorst, hatte bis dahin auf die Teilnahme an den Generalversammlungen in dieser Funktion verzichtet, um der Reichsregierung keinen Vorwand zum Eingreifen zu geben. 1879 gab er auf dem Katholikentag in Aachen sein triumphales Debüt; fortan wurden die Generalversammlungen auch immer von der Spitze des Zentrums besucht.

Auch nach dem Ende des Kulturkampfes ging der Ausbau der Milieustrukturen weiter; das katholische Milieu war mit den Worten des Fribourger Historikers Urs Altermatt „Antimodernismus mit modernen

Mitteln". Immer befördert von der Bühne der Katholikentage aus, die sofortige Publizität und deutschlandweite Vernetzung garantierte, wurden in dichter Folge Vereine gegründet, um alle Lebensbereiche für die Strukturen des katholischen Lebens zu organisieren. Neben den katholischen Arbeitervereinen von Franz Hitze, der Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland und dem Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse war dies vor allem der 1890 ins Leben gerufene Volksverein für das katholische Deutschland, der über weite Strecken als eine Sammelorganisation der katholischen Laien fungierte. Seit den 1880er Jahren kamen in rascher Folge noch Standesorganisationen hinzu, neben kaufmännischen Verbänden, studentischen Korporationen und einer Vertretung der Juristen vor allem 1889 der sehr schlagkräftige Katholische Lehrerverband. Zentrales Organisationsmedium dieser verwobenen Vereinswelt war die Generalversammlung mit ihrem jährlichen Treffen. Von der sozialen Frage bis zur Stellung der Frau wurden dabei die für den Katholizismus des Kaiserreichs relevanten Themen abgehandelt[5].

Die Organisationsform und die Teilnehmerzahlen der Katholikentage passten sich permanent an diese wachsenden Anforderungen an[6]. Hatten an den ersten Generalversammlungen vor allem Delegierte teilgenommen, etwa 1852 in Münster 358 Personen, so stiegen die Teilnehmerzahlen vor allem in der Zeit des Kulturkampfes deutlich an; die Generalversammlungen wurden Massenveranstaltungen. In Münster 1885 gab es insgesamt 2.000 Besucher, die an einigen oder allen Veranstaltungen teilnahmen. Parallel dazu fächerte sich das Programm von linear abgehaltenen Großveranstaltungen hin zu einem Mix von wenigen Gesamtveranstaltungen kombiniert mit bis zu vierzig separaten Sonderveranstaltungen auf. Die täglichen Massengottesdienste sorgten für ein Gemeinschaftsgefühl der sich im preußisch dominierten Kaiserreich nur geduldet fühlenden Katholiken. Die Generalversammlungen stellten auch eine Machtdemonstration der Mobilisierungsfähigkeit der deutschen Katholiken dar, die von Zeitgenossen so bezeichnete „Heerschau" oder das „Herbstmanöver" der Zentrumspartei. Der Selbstvergewisserung diente dabei die traditionelle Romresolution, in der vor dem Ersten Weltkrieg stets die Wiederherstellung der politischen Unabhängigkeit des Heiligen Stuhls gefordert wurde. Seit 1887 wurde auch dem deutschen Kaiser ein Ergebenheitstelegramm gesandt, das von ihm in der Regel entsprechend beantwortet wurde, ein Zeichen der sich langsam entspannenden Beziehungen.

Der Erste Weltkrieg (1914–1918) unterbrach die Abhaltung der Generalversammlungen; lediglich 1916 trat in Frankfurt eine Delegiertenversammlung zusammen. In der Endphase des Kaiserreichs war das Zentrum in die Reichsregierung eingetreten, die neue Verfassung der Weimarer Republik hob alle Benachteiligungen des katholischen Volksteils auf und verschaffte der Kirche eine Freiheit, wie sie sie seit dem Ende des Alten Reichs 1803/06 nicht mehr gehabt hatte. Das Zentrum war als staatstragende Partei von Anfang an der Regierung beteiligt. Dass trotzdem erst Ende 1921 wieder ein Katholikentag auf nationaler Ebene stattfand, hatte neben praktischen Gründen wie der alliierten Besatzung in katholischen Hochburgen wie Aachen oder Koblenz vor allem mit dem Verhältnis zur Monarchie zu tun. Als Ersatz gab es mehrere regionale Katholikentage, etwa in Aachen oder im Eichsfeld, die eine immense Mobilisierungsquote erreichten und deshalb unter anderen Vorzeichen im Laufe der nächsten Jahre mehrfach wiederholt wurden. Eine weitere Neuerung war die Beteiligung von Frauen. Obwohl das Zentrum in der Formierungsphase der Weimarer Republik aus ideologischen Gründen dem Frauenwahlrecht eher skeptisch gegenüberstand, war es sein großer Profiteur. Die Berücksichtigung von Frauen als Rednerinnen bzw. im Präsidium auf Katholikentagen war da nur konsequent, schließlich besetzte die Partei in mehreren Ministerien Schlüsselpositionen mit Frauen.

Das nicht ausdiskutierte Verhältnis des Zentrums zu Republik und Monarchie beschäftigte intensiv die ersten Generalversammlungen nach dem Krieg[7]. Traditionell sah sich die katholische Kirche als bewahrende Kraft, und aus dieser antirevolutionären Tradition, dem Bündnis von „Thron und Altar“, tat sich ein ernstzunehmender Teil vor allem des katholischen Klerus schwer mit der Anerkennung der Republik. Auf der ersten Generalversammlung nach dem Krieg 1921 in Frankfurt/Main – kurz nach dem Mord an dem dem Zentrum angehörenden Reichsfinanzminister Matthias Erzberger – war der ebenfalls zum Zentrum gehörende Reichskanzler Joseph Wirth ganz in der Tradition der Vorkriegstagungen als einer der Hauptredner vorgesehen. Wirth, ein überzeugter Anhänger der Republik, nutzte die Gelegenheit zu einem flammenden Appell für die Unterstützung der bedrängten Weimarer Demokratie. Beim Katholikentag in München im nächsten Jahr versuchte der Münchener Kardinal Michael von Faulhaber in etlichen Ansprachen seine Distanz zur Republik deutlich zu machen. Der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, dem als Präsidenten des Katholikentages das Schlusswort zustand,

nutzte daher die Gelegenheit, um das Zentrum klar auf die Unterstützung der Weimarer Republik einzuschwören[8].

Schon auf dem Frankfurter Katholikentag 1921 war der damalige Päpstliche Nuntius in Deutschland, Eugenio Pacelli, mit einer Grußansprache aufgetreten. Der spätere Papst Pius XII. deutete die Rolle als Vertreter des Heiligen Stuhls viel offener als alle seine Vorgänger und Nachfolger. Flüssig in der deutschen Sprache, ein gewandter Redner und einnehmender Gesprächspartner, der seinem Gastland mit erklärter Sympathie gegenüberstand, wurde der spätere „papa tedesco“ von den deutschen Katholiken mit offenen Armen empfangen. Die Katholikentage waren für ihn die geeignete Bühne, und die konstruktive Rolle des Zentrums in der Weimarer Republik entsprach seinen politischen Vorstellungen, die strikt antitotalitär in der Demokratie die geeignetste Staatsform sahen.

Die Teilnehmerzahlen stiegen weiter stark an, die kommunikative Reichweite erhöhte sich durch die Radioübertragung noch weiter. 1926 nahmen 26.000 Katholiken an der Generalversammlung teil, 1927 in Dortmund 120.000, 1932 in Essen eine Viertelmillion.

Die neue, ungewohnt starke Stellung des Zentrums im Weimarer Staat führte zu einer Ausdehnung des Aktionsraumes der Katholikentage. Nachdem mit der Weimarer Verfassung alle diskriminierenden Gesetzesregelungen gefallen waren, wurde die Stärkung der katholischen Diaspora zu einem besonderen Anliegen der Generalversammlung. Katholikentage in Hannover 1924 und ein kleinerer Katholikentag in Magdeburg 1928 fanden bewusst in Diasporagebieten statt.

Während der Ausbau der katholischen Diasporaseelsorge mit allen Aspekten wie Zentrumsgründungen in Diasporagebieten, Aufbau eines katholischen Schulwesens, Vereinsgründungen etc. sehr erfolgreich verlief, näherte sich das katholische Vereinswesen in Weimar dem Höhepunkt seiner organisatorischen Verdichtung. Auf jeden Fall nahmen die Klagen auf den Katholikentagen über eine zunehmende Konkurrenz der katholischen Vereine untereinander zu; offenbar war langsam die Grenze der Organisationsbereitschaft und -fähigkeit erreicht. Auch deswegen blieb der Gedanke der „Katholischen Aktion“, zu der Papst Pius XI. aufgerufen hatte und der 1928 in Magdeburg propagiert wurde, in Deutschland ohne rechte Resonanz. Im Unterschied zu den Katholizismen in Italien oder Spanien etwa gab es für

das katholische Deutschland keinen Bedarf an einer strukturierten Entwicklung des Vereinswesens – es war schlicht bereits vorhanden.

Politisch wurden die Bruchlinien im deutschen Katholizismus der Weimarer Zeit natürlich auch auf den Generalversammlungen spürbar. Dass ein ehemaliges Zentrumsmitglied wie Franz von Papen gegen einen Zentrumskanzler wie Heinrich Brüning intrigieren und ihn stürzen würde, wäre vor 1914 undenkbar gewesen. Die Reaktion des rechtskonservativen Präsidenten des Zentralkomitees, des Fürsten Löwenstein, war allerdings beschämend: Papen wie Brüning wurde der Auftritt auf dem Katholikentag in Essen 1932 verwehrt. Zwar blieb das Zentrum auch in der Endphase der Weimarer Republik relativ geschlossen, der „Zentrumsturm“ verlor proportional weniger Wähler als die Liberalen oder die Sozialdemokraten, aber Abbrucherscheinungen am rechten Rand konnten nicht geleugnet werden. Auf den Katholikentagen wurden die Gegenstrategien sehr klar sichtbar: Im Zentrum konzentrierte man sich auf die Gemeinsamkeiten, die kirchliche Fundierung und das gemeinsame Feindbild Marxismus. Dass der Zentrumsvorsitzende Ludwig Kaas (ab 1928) Geistlicher war sowie die auf dem Essener Katholikentag 1932 vom Präsidenten Eugen Baumgartner verkündete Parole „Für das Leonische Rom, gegen das Leninsche Moskau!“ zeigen diese Tendenzen.

Mit dem Beginn der NS-Zeit 1933, in der die katholische Kirche versuchte, mit dem Abschluss des Reichskonkordats einen Minimalschutz zu erreichen, wandelte sich der deutsche Katholizismus tiefgreifend. Der Märkische Katholikentag 1934, auf dem der Hauptredner, der Ministerialdirektor Erich Klausener, als Leiter der katholischen Aktion im Bistum Berlin deutliche Kritik am NS-Regime übte, markierte in dieser Hinsicht einen Schlusspunkt. Klausener wurde deshalb wenige Tage später, am 30. Juni 1934, im Zuge des „Röhmputsches“ von den Nationalsozialisten ermordet. Das rege Vereinsleben des katholischen Milieus wurde zerschlagen, die NS-Machthaber ignorierten den eigentlich im Konkordat vorgesehenen Schutz der katholischen Organisationen. Ein Katholikentag als Ausdruck einer nicht vom Regime zu kontrollierenden religiösen Lebenswelt und in Konkurrenz zu dessen Massenveranstaltungen wurde undenkbar. Im Zuge der „Verkirchlichung“ (Heinz Hürten) zog man sich bildlich in die Sakristei zurück, ein Bedeutungsverlust des Laienkatholizismus, der durchaus nicht jedem in der Amtskirche ungelegen kam.

Die NS-Zeit bedeutete deshalb für den deutschen Katholizismus eine entscheidende Zäsur. Während die kirchlichen Strukturen trotz vielerlei Pressionen und stellenweise existenzbedrohender Verfolgung im Wesentlichen bis zum Ende des „Dritten Reiches“ handlungsfähig waren, blieben vom katholischen Vereinswesen nur kleine Zirkel, bei denen im Privaten ehemalige Mitglieder bis zum Ende der NS-Herrschaft miteinander Kontakt hielten. Lediglich im Bereich der Jugendorganisationen wurde durch die kirchlich abgeschirmten Gruppen wie etwa die Messdiener eine Kernorganisation bewahrt, die den Wiederaufbau nach 1945 deutlich erleichterte.

Anders als heute gerne kritisiert, empfanden die Zeitgenossen das Verhalten der katholischen Kirche in Deutschland ganz überwiegend als Resistenz oder Widerstand gegenüber dem NS-Regime, eine Beurteilung, in der sich die deutsche Bevölkerung, die Siegermächte (bis hin zu den Sowjets) sowie Opfergruppen damals einig waren. In der katholischen Kirche leugnete man keineswegs die deutschen Verbrechen und auch nicht die Schuld Einzelner, hatte aber überwiegend das Gefühl, eher Opfer als Mittäter gewesen zu sein. Es überwog die Überzeugung, aufgrund der Oppositionshaltung zur NS-Weltanschauung jetzt einen deutlichen Mitgestaltungsanspruch für das zukünftige Deutschland anmelden zu können.

Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren die unmittelbare Daseinsbewältigung alle Kräfte gebunden hatte, konnte 1948 in Mainz der erste Katholikentag nach Krieg und NS-Zeit stattfinden. Anders als bei den Protestanten stand die Schuldfrage nicht im Mittelpunkt, auch wenn in den Resolutionen davon durchaus die Rede war. Mit etwa 180.000 Teilnehmern, die es trotz der Zonenteilung ins Rhein-Main-Gebiet geschafft hatten, konnte man fühlbar an die Mobilisierungserfolge der Vorkriegsjahre anknüpfen.

Anders dagegen im Vereinsleben: Die engverwobene Welt der katholischen Vereine entstand in der Dichte der Vor-NS-Zeit nicht wieder, in etlichen Bereichen, neben der Politik auch bei den Gewerkschaften oder im Sport, gelang die Wiederbegründung exklusiv katholischer Organisationsformen nicht vollständig. Während dies einerseits half, die teilweise vorhandene geistige Enge des katholischen Milieus zu überwinden, beförderte diese Entwicklung andererseits die Machtverschiebung vom Laienkatholizismus hin zu amtskirchlichen Instanzen. Für die Katholikentage bedeutete dies, dass mit dem Verlust

des katholischen Vereinswesens in alter Form die bisherige organisatorische Basis nicht mehr zur Verfügung stand. Die Etablierung eines anfangs stark bischöflich beeinflussten Zentralkomitees ist ein Indikator dafür[9].

Die Entscheidung zwischen der wiederbegründeten Zentrumspartei und der neuen, interkonfessionellen Christlich Demokratischen Union wurde im Vorfeld der ersten Bundestagswahlen schnell gefällt. Der Kölner Kardinal Frings ließ Ende 1948 verlauten, dass er sich als Mitglied der Union betrachte, und gab damit der CDU quasi die kirchliche Unbedenklichkeitsbescheinigung. Zwar musste er aufgrund der verärgerten vatikanischen Reaktion, wo man die Weitergeltung des Reichskonkordates gefährdet sah, schon 1949 seinen Austritt aus der CDU erklären, aber die Wähler hatten verstanden. Die Union trat das Erbe des Zentrums als die politische Vertretung der deutschen Katholiken an, das Zentrum schrumpfte in den nächsten Jahren zur Splitterpartei. Auf den Katholikentagen der 1950er Jahre dominierte damit die Union die politischen Themen, ähnlich wie in Weimarer Zeiten die Zentrumspartei. Grundsätzliche gesellschaftliche Debatten kamen deshalb nur in der gebrochenen Form innerkatholischer Diskurse vor, so 1949 in Bochum die deutliche Parteinahme für eine betriebliche Mitbestimmung, die dann 1952 im Betriebsverfassungsgesetz auch realisiert wurde.

Während sich mit der CDU katholische Grundpositionen im Grundgesetz 1948/49 trotz ernstzunehmender Gravamina etwa im Schulbereich weitgehend durchsetzen ließen und die politische Dominanz der Unionsparteien in der Bundesrepublik ein partnerschaftliches Verhältnis von Staat und Kirchen sicherte, befand sich der Katholizismus in der SBZ und späteren DDR in einer doppelten Minderheitensituation gegenüber einer evangelischen Bevölkerungsmehrheit und einem militant atheistischen, totalitären Staat[10]. Den Katholiken in der DDR galt deshalb immer besondere Aufmerksamkeit; zwei Mal, 1952 und 1958 wurde der Katholikentag vor dem Bau der Mauer deshalb in der geteilten Stadt Berlin abgehalten. Der Bewegungsfreiraum im Ostteil der Stadt war dabei ein guter Indikator für die Absichten des SED-Regimes in Bezug auf die katholische Kirche. 1952, während der Hochphase des Kalten Krieges und der innenpolitischen Spannungen in der DDR, wurden kurzfristig alle Aktivitäten im kommunistischen Sektor außerhalb von Kirchenmauern verboten. 1958 überwogen dann zeitweilig Entspannungstendenzen.

Die Katholikentage der 1950er Jahre spiegelten weitgehend die eher konservativen Tendenzen der westdeutschen Gesellschaft wider, in der nach der Erschütterung von Krieg und NS-Zeit das Wirtschaftswunder und die Stabilität der Adenauer-Regierung nicht als restaurativ, sondern als wohltuend stabil empfunden wurde. Dementsprechend nahmen die Katholikentage zwar Elemente der politischen Diskussion wie die europäische Einigung auf und formten sie entsprechend um („Abendland"), setzten aber selbst deutlich weniger eigene Akzente für die gesellschaftliche Entwicklung als etwa zu Zeiten des Kaiserreichs. Höhepunkt dieser bewahrenden Tendenzen war der Kölner Katholikentag 1956, bei dem die Abschlusskundgebung 700.000 Teilnehmer hatte. Eine vorrangegangene Flussprozession auf dem Rhein verfolgten sogar schätzungsweise eine Million Zuschauer, die vermutlich größte jemals in Deutschland erreichte Massenmobilisierung in einer freien Gesellschaft. Die Teilnahme von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundespräsident Theodor Heuss, die feierliche Wiedereröffnung des wiederaufgebauten Kölner Doms, traditionell eines zentralen Symbols der deutschen Einheit, demonstrierten die dominierende Stellung des Katholizismus in der westdeutschen Nachkriegsdemokratie[11].

Die Entwicklung zwischen den Konfessionen glich sich dabei an: der nach dem Zweiten Weltkrieg neubegründete Evangelische Kirchentag erreichte 1954 (sogar in der DDR!) mit 650.000 Teilnehmern eine vergleichbare Mobilisierung. Das Verhältnis zwischen beiden großen Konfessionen hatte schon die gemeinsame Ablehnung der NS-Weltanschauung verbessert, jetzt kamen noch die Unionsparteien als Klammer sowie die gemeinsame Gegnerschaft zur SED-Diktatur hinzu. Deutlich wurde das neue Verhältnis etwa beim Katholikentag in Berlin 1952, als die Katholiken das für den vorhergehenden Evangelischen Kirchentag aufgestellte Kreuz im Olympiastadium nutzten und viele katholische Teilnehmer in Privatquartieren bei evangelischen Berlinern untergebracht waren.

Eine wesentliche Veränderung im Weltkatholizismus, die natürlich auch in der Bundesrepublik spürbar wurde, bedeuteten die Beschlüsse des II. Vaticanums (1962-65). In vielen Einzelaspekten von deutschen Bischöfen wie Josef Kardinal Frings oder Theologen wie Joseph Ratzinger, dem späteren Papst Benedikt XVI. mitbestimmt, versuchte sich die katholische Kirche auf dem Konzil der „Moderne" anzunähern. Während der Konzilszeit blieb der Einfluss

auf den Katholikentagen überschaubar. Zwar gab es auch aktuelle Schwerpunkte – in Hannover ging es 1962 beispielsweise um die Seelsorge für „Gastarbeiter“, in Stuttgart zwei Jahre später um die Bildungsreform, doch wurden die wesentlichen durch das Konzil angestoßenen Veränderungen noch nicht rezipiert. Dies geschah, dann allerdings dafür mit ungewohnt heftiger Konfrontation, auf dem Essener Katholikentag 1968.

Der Konflikt zwischen römischen Vorgaben, der liberaleren Haltung deutscher Bischöfe und weiter Kreise katholischer Laien hatte sich an der Enzyklika „Humanae vitae“ (1968) entzündet, die in theologisch umstrittener Argumentation die Empfängnisverhütung mit der Pille ablehnte und damit in der öffentlichen Wahrnehmung hinter die Errungenschaften des Konzils zurückging. Die „Königsteiner Erklärung“ der deutschen Bischöfe, eine Woche vor dem Katholikentag in Essen veröffentlicht, deutete deren Distanz zum päpstlichen Lehrschreiben an. Unter den katholischen Laien stieß die Enzyklika auf wenig Zustimmung. Vor diesem Hintergrund eskalierten die Diskussionsveranstaltungen auf dem Essener Katholikentag, es kam sogar auf einer Veranstaltung zu einer mit erdrückender Mehrheit angenommenen Protestresolution gegen Papst Paul VI. – ein tiefgreifender Wandel gegenüber den demonstrativen Treuebekenntnissen der Vorkriegszeit. Wesentliches Verdienst an der Vermeidung einer weitergehenden Eskalation hatte der Katholikentagspräsident, der spätere rheinland-pfälzische (und Thüringer) Ministerpräsident Bernhard Vogel, der mit seiner ausgleichenden Haltung einen offenen Bruch vermied.

Der Konflikt in Essen hatte die Notwendigkeit einer Neuordnung des deutschen Katholizismus unterstrichen. Ein wesentliches Element dabei war die Rezeption der Beschlüsse des Konzils[12]. Auf dem nächsten Katholikentag in Trier 1970 kam es zu wichtigen Schritten. Die Würzburger Synode (1971-1975) setzte dann die Konzilsbeschlüsse um.

Kaum zu unterschätzen sind die Veränderungen, die sich in den 1970er Jahren in der gelebten Alltagswirklichkeit zeigten; das katholische Milieu löste sich auf. Die Zahlen der katholischen Kirchgänger gingen innerhalb eines Jahrzehnts dramatisch zurück, die Bindung an die Unionsparteien wurde sehr viel lockerer – schon in Trier 1970 war der traditionelle Hirtenbrief vor den Wahlen mit dem bischöflichen Aufruf, sich für die Union zu entscheiden, kritisiert worden –

und auch bei den Teilnehmerzahlen der Katholikentage gab es einen drastischen Einbruch: Beim Katholikentag in Mönchengladbach 1974 gab es nur noch 40.000 Teilnehmer, vier Jahre vorher in Trier waren es bei der Schlusskundgebung sogar nur 16.000 gewesen.

In dem Maße allerdings, in dem sich die Kirche dem neuen gesellschaftlichen Pluralismus öffnete, konnten die Katholikentage verlorenes Terrain zurückgewinnen, freilich um den Preis von Eindeutigkeit und Geschlossenheit[13]. Die Katholikentage vollzogen einen Formwandel hin zum Forum gesellschaftlicher Auseinandersetzung und wurden vom Ort katholischer Selbstvergewisserung zur Diskursveranstaltung. Im ZdK gab es jetzt auch Persönlichkeiten mit anderer Parteibindung, die auf den Katholikentagen behandelten Themen wurden aktueller und kontroverser[14]. Schrittweise wurden Gesprächskreise und Organisationsstrukturen für dissentierende Gruppen geöffnet. Anfangs war der „Katholikentag von unten" eine 1980 in Berlin erstmals auftretende Gegenveranstaltung, die aber in einem beiderseitigen Akkulturationsprozess schrittweise integriert wurde und seit dem Katholikentag in Hamburg 2000 auch ganz offiziell teilnimmt. Themenschwerpunkte wie die Friedensbewegung (besonders in Düsseldorf 1982), die Befreiungstheologie (München 1984) oder die Ausgestaltung des § 218 (Aachen 1986) demonstrierten eine deutliche Hinwendung zu aktuellen Problemen, freilich auch bei aller Kritik an gegenläufigen bischöflichen Einzelentscheidungen eine weltweit einmalige Diskurskultur zwischen Laien und kirchlicher Hierarchie in Deutschland[15]. In den 1970er und 1980er Jahren stiegen die Teilnehmerzahlen wieder deutlich an, der Katholikentag in Berlin 1980 erreichte schon wieder 80.000 Teilnehmer.

Die Entwicklung im ostdeutschen Katholizismus verlief getrennt von diesen Prozessen. Hier hatte die Konzilsrezeption etwa mit der Meißner Pastoralsynode aufgrund des äußeren Drucks durch das SED-Regime zu sehr viel weniger innerkirchlicher Differenzierung geführt. Nach einer ersten Massenveranstaltung, der Erfurter Elisabethwallfahrt 1981 mit über 60.000 Teilnehmern, kam es 1987 zum Katholikentreffen in Dresden. Von den Veranstaltungen her aufgebaut wie ein Katholikentag, demonstrierten die mehr als 100.000 Teilnehmer – etwa 10% aller Katholiken in der DDR – die beeindruckende Mobilisierungsfähigkeit des ostdeutschen Katholizismus. Möglich wurde die Veranstaltung aufgrund der strikten politischen Zurückhaltung der katholischen Kirche in der DDR, die dem schon innenpolitisch ge-

schwächten SED-Regime den politischen Nutzen einer solchen Veranstaltung, die man durchaus auch als Zeichen einer beginnenden Eigenständigkeit des traditionell gesamtdeutsch ausgerichteten DDR-Katholizismus deuten konnte, lohnenswert erscheinen ließ[16]. Diese politische Abstinenz führte jedoch auch dazu, dass die katholische Amtskirche als Organisation im Vorfeld der Friedlichen Revolution in der DDR 1989 kaum präsent war – im Unterschied zu den evangelischen Landeskirchen.

Die Zusammenführung kirchlicher Organisationsstrukturen und der beiden deutschen Katholizismen verlief nach der Wiedervereinigung relativ spannungsfrei. Mit dem sächsischen Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer übernahm ein ostdeutscher Laie bald die Präsidentschaft im ZdK (1997-2009)[17].

In den 1990er Jahren war ein wiederkehrendes Thema der Katholikentage die Auseinandersetzung um die Schwangerenkonfliktberatung. Die durch die Wiedervereinigung notwendig gewordene Neufassung des §218 führte zu einer gesetzlichen Fristenindikation mit obligatorischer Beratung vor einer Abtreibung. Die Lockerung der Bindungen zwischen den Unionsparteien und der katholischen Kirche sowie dem ZdK hatte zur Konsequenz, dass der Union der politische Preis für eine Verteidigung der katholischen Position offenbar zu hoch erschien. Bei gleicher grundsätzlicher Ablehnung der Indikationslösung positionierten sich der Vatikan und die deutschen Bischöfe mehrheitlich anders als das ZdK. Nach dem durch päpstliche Anordnung erzwungenen Ausscheiden der kirchlichen Beratungsstellen übernahm 1999 der privatrechtliche Verein „Donum Vitae“ die Schwangerenberatung, um wenigstens ein Angebot aus katholischer Perspektive machen zu können. Die langjährige ZdK-Präsidentin Rita Waschbüsch (1988-1997) leitet den Verein.

Die gegenwärtige Entwicklung seit der Jahrtausendwende ist gekennzeichnet von der Suche nach zeitgemäßen Ausdrucksformen des Katholizismus, die sich etwa in einer Ausweitung der Jugendkonzerte und kürzeren Veranstaltungseinheiten widerspiegeln[18]. Ergänzt von den Ökumenischen Kirchentagen, die bislang 2003 und 2010 abgehalten wurden, haben sich die organisatorischen Strukturen der Katholikentage professionalisiert und verfestigt. Außerdem soll der Katholikentag sich weiter öffnen für Gruppierungen und Themen, die bisher nicht im kirchenoffiziellen Rahmen präsent sind. Die Kritik an

den Finanzierungsbeiträgen der öffentlichen Hand für den Katholikentag in Leipzig 2016 hat Folgen gezeigt. In Zukunft werden die Katholikentage wohl noch bunter, gleichzeitig aber auch distanzierter gegenüber Staat und Politik ablaufen.

1| *Vgl. zur Begründung der Katholikentage Heinz Hürten, Spiegel der Kirche – Spiegel der Gesellschaft. Katholikentage im Wandel der Welt. Paderborn u.a. 1998.*

2| *Eine konzise Zusammenfassung der Generalversammlungen bis 1932, der hier weitgehend gefolgt wird, findet sich bei Rudolf Morsey, Streiflichter zur Geschichte der deutschen Katholikentage 1848-1932, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 26 (1985), S. 9-24. Gerade herausgekommen und für ein breiteres Publikum gedacht ist der Gesamtüberblick von Holger Arning/Hubert Wolf, Hundert Katholikentage. Von Mainz 1848 bis Leipzig 2016. Darmstadt 2016, der für Sachangaben zu den Katholikentagen ab 1948 herangezogen wurde. Der Band ist reich bebildert; vgl. auch den Bildteil sowie das Literaturverzeichnis in Ulrich von Hehl/Friedrich Kronenberg (Hrsg.), Zeitzeichen. 150 Jahre Deutscher Katholikentag 1848-1998. Paderborn u.a. 1999.*

3| *Vgl. dazu Thomas Großmann, Katholikentage und Kirchentage, in: Christoph Markschies/Hubert Wolf (Hrsg.), Erinnerungsorte des Christentums. München 2010, S. 561-573.*

4| *Marie-Emmanuelle Reytier, Die Fürsten Löwenstein an der Spitze der deutschen Katholikentage. Aufstieg und Untergang einer Dynastie (1868-1968), in: Günther Schulz/Markus A. Denzel (Hrsg.), Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert. (Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte. Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit 26), Sankt Katharinen 2004, S. 461-502.*

5| *Die Themen der Katholikentage sind teilweise sehr präzise untersucht, vgl. Baldur H. Hermans, Das Problem der Sozialreform auf den deutschen Katholikentagen von 1848 bis 1891. Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-sozialen Bewegung. Bonn 1972, sowie Ephrem Filthaut, Deutsche Katholikentage 1848-1958 und die Soziale Frage. Essen 1960. Ein thematisch orientierter Gesamtüberblick jetzt bei Hajo Goertz, Brückenschläge. Wirken und Wirkung der Katholikentage. Kevelaer 2006.*

6| *Vgl. zu den Teilnehmerzahlen und der Organisationsgeschichte neben Morsey (Anm. 2) v.a. Johannes B. Kißling, Geschichte der deutschen Katholikentage. 2 Bde. Münster 1920-23.*

7| *Zu den Katholikentagen in der Weimarer Republik vgl. Marie-Emmanuelle Reytier, Les catholiques allemands et la République de Weimar. Les Katholikentage 1919-1932. 2 Bde. Lyon 2004.*

8| *Hugo Stehkämper, Konrad Adenauer als Katholikentagspräsident 1922. Formen und Grenzen politischer Entscheidungsfreiheit im katholischen Raum. Mainz 1977. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B: Forschungen Bd. 21).*

9| *Thomas Großmann, Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945-1970. Mainz 1991. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen Bd. 56)*

10| *Eine kritische Gesamtdarstellung der katholischen Kirche in der SBZ/DDR steht noch aus. Vgl. Christoph Kösters/Wolfgang Tischner (Hrsg.), Katholische Kirche in SBZ und DDR. Paderborn u.a. 2005.*

11| *Als neuere Gesamtdeutung Daniel Gerster, Friedensdialoge im Kalten Krieg. Eine Geschichte der Katholiken in der Bundesrepublik 1957-1983. Frankfurt/M. 2012.*

12| *Vgl. dazu zuletzt Stefan Voges, Konzil, Dialog und Demokratie. Der Weg zur Würzburger Synode 1965-1971. Paderborn u.a. 2015. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen Bd. 132).*

13| *Christoph Kösters/Claudio Kullmann/Antonius Liedhegener/Wolfgang Tischner, Was kommt nach dem katholischen Milieu? Forschungsbericht zur Geschichte des Katholizismus in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte 49 (2009), S. 485–526.*

14| *Zu diesem Prozess Antonius Liedhegener, Macht, Moral und Mehrheiten. Der politische Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland und den USA seit 1960. Baden-Baden 2006. (Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft 11).*

15| *Vgl. dazu die angekündigte, aber noch nicht ausgelieferte Arbeit von Claudio Kullmann, „Gott braucht uns in der Politik!". Die deutschen Katholikentage in Zivilgesellschaft und Politik 1978-2008. Berlin u.a. 2016.*

16| *Dieter Grande/Bernd Schäfer, Kirchenpolitik der SED. Auseinandersetzungen um das Katholikentreffen 1983-1987. Leipzig 1994.*

17| *Zum Verhältnis der west- und der ostdeutschen Katholiken im Kontext der Frage der deutschen Einheit vgl. Ulrich von Hehl/Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Der Katholizismus – gesamtdeutsche Klammer in den Jahrzehnten der Teilung? Paderborn u.a. 1996.*

18| *Zu den Veränderungen in der Ausrichtung der Katholikentage vgl. den Bericht des gegenwärtigen Geschäftsführers der Katholikentage, Martin Stauch, Von der Kundgebung zum Event. Über einige neuere Entwicklungen in der Geschichte des Katholikentages, in: Ronald Lambrecht/ Ulf Morgenstern (Hrsg.), „Kräftig vorangetriebene Detailforschungen". Aufsätze für Ulrich von Hehl zum 65. Geburtstag. Leipzig 2012, S. 107-119.*